

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

24.5.1921 (No. 118)

Expedition: Karlsruhe, Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärtig frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühren: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerstellung, mangelsweiser Bezahlung und Konturückführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Zur politischen Lage.

In vollem Gegensatz zu der politisch höchst unklugen Resolution, die der badische Landesparteitag der Deutschen Volkspartei in Freiburg gefaßt hat, stehen gewisse Ausführungen, die der Vorsitzende der Gesamtpartei, Abgeordneter Dr. Stresemann, auf demselben Parteitag gemacht hat.

Zunächst verdient die Mitteilung des Abgeordneten Stresemann, daß kurz nach der Annahme des Ultimatums eine offizielle Note von London eingegangen sei, die die Herabsetzung des Ausfuhrzolles auf 20 Prozent, die Aufhebung der Zollgrenze und sonstige befriedigende Entschlüsse (namentlich hinsichtlich Oberschlesiens) in Aussicht stellt, die allergrößte Beachtung. Ist doch bekannt, daß die Deutsche Volkspartei geneigt gewesen wäre, für die Annahme des Ultimatums zu stimmen und in der Reichsregierung zu verbleiben, wenn die Londoner Regierung zu derartigen Zusicherungen bereit gewesen wäre. Diese Zusicherungen sind zu spät eingetroffen. Gleichwohl sollten sie aber auch heute noch überwiegend genug sein, um eine Andersorientierung der Deutschen Volkspartei zu veranlassen. Unter keinen Umständen wird man es aber begreifen können, wenn die Deutsche Volkspartei auch jetzt noch gegen die Regierung Opposition betreibt.

Eine solche Opposition scheint nun allerdings auch keineswegs den Anschauungen Stresemanns zu entsprechen. Der offizielle Führer der Deutschen Volkspartei hat in Freiburg ausdrücklich erklärt, daß „wir jetzt alle Kräfte anspannen müssen, um das Ultimatum zu erfüllen“. Das ist eine unzweideutige Erklärung, an deren Sinn nicht zu rütteln ist. Verfügt die Partei tatsächlich nach dieser Parole ihres offiziellen Führers, so können wir um unsere nächste Zukunft um ein paar Grad weniger besorgt sein. Leider lassen aber einstweilen zahlreiche Meldungen aus dem Reich erkennen, daß bedeutende Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei nicht reine Opposition empfehlen, sondern auch noch eine Bestrafung der wenigen deutschvolksparteilichen Abgeordneten fordern, die für die Annahme gestimmt haben.

Was Stresemann zu der Frage der Regierungsbildung gesagt hat, ist gleichfalls nicht unerfreulich. Er hat erklärt, daß seine Partei für volle Gleichberechtigung der Sozialdemokratie eintritt und bereit sei, mit der Sozialdemokratie zu arbeiten. Der habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt, der nicht mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten wolle, und der nicht erkannt habe, daß es darauf ankommt, die Sozialdemokratie zu positiver Mitarbeit heranzuziehen. Wogegen sich die Deutsche Volkspartei wehre, das sei lediglich die Alleinherrschaft oder die Vorherrschaft der Sozialdemokratie. — Nicht minder beachtenswert ist die Bemerkung Stresemanns, daß an unserem jetzigen Glend die Philisternatur eines großen Teils unseres Volkes schuld sei, ferner aber auch manche Charaktereigenschaften des Kaisers.

Jedenfalls sind das alles Äußerungen, die durchaus geeignet sind, Gegensätze zu überbrücken und ein gemeinsames Arbeiten auf gemeinsamer, vaterländischer Grundlage zu ermöglichen. Erleichtert wird diese Einigungsarbeit noch durch Mitteilungen, die der württembergische Staatspräsident Dr. Sieber dieser Tage auf einem Vertretertag der Deutschdemokratischen Partei Württembergs gemacht hat. Er hat nämlich darauf hingewiesen, daß außer dem Reichswehrminister Dr. Seeber auch General von Seeckt aus militärischen Gründen dringend zur Annahme des Ultimatums geraten, und daß Verkehrsminister Groener für den Fall der Ablehnung einen raschen und vollständigen Zusammenbruch des Verkehrs wesens angekündigt habe. Man sollte das Urteil gerade dieser Männer, denen man wirklich nicht den Vorwurf mangelnder Vaterlandsliebe machen kann, so bewerten, wie es bewertet zu werden verdient.

Inzwischen ist nun allerdings eine neue außenpolitische Krise für uns entstanden. Frankreich scheint die Tatsache, daß die ober-schlesische Bevölkerung sich zum Selbstschutz organisiert und von sich aus die polnischen Injurgenten aus Oberschlesien zu vertreiben versucht, bemerken zu wollen, um einen neuen Konflikt mit Deutschland heraufzubeschwören und im Verlauf dieses Konflikts das Ruhrgebiet zu besetzen.

Diese französische Politik entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. Denn die deutsche Regierung

und das deutsche Volk haben mit dieser Selbstschutzbewegung nichts zu tun, sie haben vielmehr bisher eine Haltung an den Tag gelegt, wie sie korrekter gar nicht gedacht werden kann. Ferner aber sollte doch auch Frankreich wissen, daß die Engländer und Italiener in Oberschlesien nach dem völligen Versagen des Schutzes durch französische Truppen die deutschgesinnte Bevölkerung Oberschlesiens direkt aufgefordert haben, zur Selbsthilfe zu greifen.

Da also die Entsendung von deutschen Reichswehrtruppen oder von deutschen Freikorps nicht in Frage kommt, sondern lediglich ein von Teilen der Interalliierten Kommission geradezu gewünschter Selbstschutz der einheimischen Bevölkerung gegen Verbrechenbanden vorliegt, hat die französische Regierung wahrlich keinen Anlaß, sich mit ihren Beschwerden oder ultimativen Forderungen an uns zu wenden. Sie muß diese Frage zusammen mit ihren Alliierten im Schoße des Obersten Rates erledigen.

Leider hat es den Anschein, als ob Italien, das bisher in der ober-schlesischen Frage ganz auf Englands Seite stand, nicht völlig abgeneigt wäre, gegen ganz bestimmte Zusicherungen wirtschaftlicher und finanzieller Art eine Vermittlungsaktion zu übernehmen, d. h. eine Aktion, die nach Lage der Dinge nur eine Vermittlung zugunsten Frankreichs sein könnte.

Wenn jedenfalls die französische Regierung tatsächlich Deutschland wegen der Selbstschutzbewegung in Oberschlesien mit einem neuen Ultimatum bedroht, so treibt es damit den Konflikt mit seinen eigenen Alliierten, vor allem aber mit England, offensichtlich auf die Spitze. Und wenn nicht in letzter Stunde noch eine Einigung zustande kommt, werden wir wohl das Schauspiel eines Bruchs der Entente erleben. Daß es voreilig wäre, diesen Bruch als ein für Deutschland günstiges Ereignis zu betrachten, ist selbstverständlich. Erst die Entwicklung der Dinge würde uns lehren, ob wir Anlaß hätten, einen solchen Bruch zu wünschen oder nicht.

Politische Neuigkeiten.

Reichskanzler Dr. Wirth über die Richtlinien der deutschen Politik.

In einer Unterredung mit einem Redakteur des „Berliner Tagebl.“ erklärte Reichskanzler Dr. Wirth über die Richtlinien der deutschen Politik u. a.: Abends nach der Bildung der Regierung sind die zuständigen Ressorts angewiesen worden, die Reparationsfragen zu bearbeiten, um sie in Form eines Gesetzesentwurfes einem engeren Ausschuss des Kabinetts und danach dem Kabinett selbst vorzulegen. Die sogenannte Vorbereitungsphase könne nicht auf eine auswärtige Politik eingeleitet werden. Inseiner Politik muß sachlich auf lange Sicht aufgestellt werden. Deutschlands Befreiung kann nur durch Arbeitsleistung erfolgen. An dem Opferwillen des deutschen Volkes und an dem festen Willen dauernd mitzuarbeiten, nicht nur ein paar Wochen, muß gearbeitet werden. Diejenigen Parteien, die sich an der jetzigen Regierung beteiligen oder beteiligen wollen, müssen ihre Mitarbeit auf Jahre einstellen. Niemand soll ausgeschlossen sein, der auf sachlichem Boden am Wiederaufbauprogramm mitarbeiten will. Mit Personen, die etwa nur parteipolitisch mitarbeiten wollen, darf Deutschland nicht rechnen. Ich werde die Mitarbeit jener großen Führer herzlich begrüßen, die in der Kriegszeit dem deutschen Volke durch ihre Organisationsarbeiten das Aushalten im Weltkampfe ermöglicht haben.

Auf die Frage, was ihn zum Antwort zum Ultimatum gestimmt habe, antwortete der Reichskanzler: Wer in der Welt hätte bei Ablehnung des Ultimatums an Deutschlands Willen geglaubt, bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit den Friedensvertrag zu erfüllen? Niemand! Wir hätten die ganze Welt gegen uns gehabt. Und dann bedenken Sie die politischen Folgen. Ein Verwachsen der Ruhrkohle mit den französischen Erzen! Was hätte das politisch für Folgen gehabt. Wenn wir im Kriege das Leben und die Gesundheit von Millionen nicht schonten, um wieviel mehr müssen wir in der Gegenwart Selbstleistungen auf uns nehmen, weil dadurch Deutschland die deutsche Freiheit erhalten bleibt. Mich hat immer die Überzeugung in der Politik geleitet, daß die Richtung in der Politik scheitern muß, die meint, daß man durch möglichste Sinausjögern und Ausweichen und dadurch, daß man Bedingungen stellt und die Bedingungen an sich heran kommen läßt, die schwierige Lage beseitigen könne. An die Stelle der akademischen Auseinandersetzungen tritt jetzt der Gedanke der Leistungen. Selbstverständlich können die Leistungen nur dann groß sein, wenn kein Teil des deutschen Volkes grollend über das Antwort beiseite steht.

Der neue Reichsminister des Äußern.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten im Haag, Dr. Rosen, zum Reichsminister des Äußern ernannt und den Reichskanzler von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden.

Französisch-deutscher Notenwechsel über Oberschlesien.

Eine Note des französischen Botschafters an den Reichskanzler vom 19. Mai sagt, daß die deutscherseits getroffenen Maßnahmen gegen die Bildung von Freiwilligenkorps und die Beförderung von Waffen nach Oberschlesien zu spät getroffen worden seien, so daß bereits bedeutende bewaffnete Kontingente in Oberschlesien eingetroffen seien. Die Lage erheische gebieterisch die strenge Abschließung der Grenze zwischen Deutschland und dem Abtrümmungsgebiet durch deutsche Behörden. Die polnische Regierung habe bereits einer derartigen an sie gerichteten Aufforderung entsprochen. Weiter ersucht die Note um Anweisung an die zuständige Behörde der alliierten Kommission, die Aufgaben der Lebensmittelversorgung zu erleichtern. Die französische Note besteht ferner darauf, daß die Reichsbank aufgefordert werde, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu entsenden, ohne an die Entsendung besonderer Bedingungen zu knüpfen. Würden die verfallenen Löhne weiter zurückgehalten werden, so würde die deutsche Regierung sich schließlich dem Vorwurfe entziehen können, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich zu machen, die Anarchie zu verlängern, die die Kommission zu unterdrücken bemüht ist.

Hierauf ist dem französischen Botschafter am Montag folgende Antwortnote zugestellt worden:

Eure Erzählung haben wir in der Note vom 19. d. Mts. die Auffassung der französischen Regierung über gewisse, Oberschlesien berührende Fragen übermittelt. Ich bemerke gern jede Gelegenheit, um durch Erörterung mit den in Berlin beglaubigten Vertretern der beteiligten Regierungen die Möglichkeiten zu erschöpfen, den Brandherd in Oberschlesien zu beseitigen, dessen Fortbestehen, wie Eure Erzählung mit Recht ausführt, den allgemeinen Frieden aufs schwerste gefährden muß. Eure Erzählung haben aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ergeben, daß diese die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und den Abtritt vom nicht besetzten deutschen in das besetzte Gebiet nicht duldet. Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, den die an Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Injurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesen, aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz auf einem Gebiet, das der Verwaltung der interalliierten Kommission untersteht, hat die deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Die deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen bekannten Anordnungen hinaus aber Anweisungen erteilt, daß die zur Überwachung der Grenzlinie des besetzten Gebietes auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane wesentlich verstärkt werden.

Eure Erzählung erwähnen, die polnische Regierung habe der Aufforderung zur Sperrung der Grenze entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre festzustellen, daß eine Verfügung der polnischen Regierung vielleicht ergangen sein mag, daß die Grenze tatsächlich aber vollkommen offen steht und tagtäglich der Abtritt von polnischen Soldaten sowie der Nachschub von Munition und Material jeder Art für die Injurgenten erfolgt. Aus der Menge des hierüber vorliegenden Materials erwähne ich nur einen Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignet hat. In dem noch im Machtbereich der interalliierten Kommission befindlichen Kreise Kreuzburg haben in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den Ort Kozan angegriffen. Auch hier mußte der anwesende örtliche Selbstschutz eingreifen, um das Leben friedlicher ober-schlesischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte unter blutigen Verlusten abgeschlagen werden, nachdem die eingedrungenen Polen im Dorf Kozan ein Gehöft in Brand gesetzt hatten. In Übereinstimmung mit Eurem Erzählung stelle ich mit Befriedigung fest, daß die interalliierte Kommission für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien allein verantwortlich ist.

Die Anarchie, von der in der Note die Rede ist, und die seit drei Wochen in Oberschlesien herrscht, steht allerdings zurzeit in schwerstem Widerspruch zu den Verhältnissen, unter denen der Präsident der interalliierten Kommission die Verwaltung des blühenden Landes im Februar vorigen Jahres übernommen hat. Die Wiederherstellung der Ruhe ist doch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit, denn es handelt sich gar nicht um einen Zustand wirtschaftlichen, sondern einzig und allein um einen solchen politischen Charakters. Der polnische Aufstand bewegt unter Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages und unter Verhöhnung jedes moralischen Rechtsempfindens die Verneuerung des ober-schlesischen Volkes. Die Leiden, welche die unglücklichen Bewohner von den mit grausamstem Raffinement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich. Aus der großen Zahl von unerhörten Vorfällen sei hier nur an die vor wenigen Tagen durch die Polen erfolgte Mißhandlung der beiden Ingenieure Winkler und Tabbe in Friedenshütte erinnert, die in der Turnhalle über ein Pferd gelegt und mit Peitschenhieben bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, dann wiederholt durch Erschütterungen zum Bewußtsein gebracht und daraufhin weiter geschlagen worden sind, so daß sie jetzt hoffnungslos darniederliegen.

Die deutsche Regierung ist ständig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die unbeschreiblichen Qualen der ober-schlesischen Bevölkerung zu lindern. Sie ist in Übereinstimmung mit Eurem Erzählung grundsätzlich bereit und gewillt, in jeder praktischen Weise, auch mit Lebensmittel- und Selbstleistungen, die Lage zu erleichtern. Es besteht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht aller beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien die objektive Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Gelder oder Lebensmittel in die Hände der wirklich Empfangsberechtigten gelangen und nicht den Zu-

griffen der Insurgenten unterliegen. Der Präsident der interalliierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Opatowitz über keinerlei Befugnisse mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen. Auch die von ihm ausgestellten Bescheinigungen haben bei den polnischen Insurgenten, die teilweise beginnen, sich in unabhängige wilde Banden aufzulösen, keinerlei Geltung mehr. Dies zeigt sich deutlich z. B. bei der Reise der von General Le Rond nach Opatowitz gebetenen Deputation der Arbeitervertreter aus Katowitz. Trotz der Bemühungen des französischen Freisikontrolllehrs, Majors Salerou, wurde hier die Abreise von den Polen zunächst überhaupt nicht gestattet. Die daraufhin von Salerou vom polnischen Hauptquartier persönlich erbetenen schriftlichen Ausweise wurden auf der Fahrt von den polnischen Posten ebenfalls nicht anerkannt, so daß die Deputation wieder umkehren mußte. Auch der schließlich von dem polnischen Kreisrat Cornin in Katowitz in polnischer Sprache unterschriebene Ausweis genügte nur bis zu den ersten Postentetten von Mikulsküh. Von dort mußte sich die Deputation durch Verhandlungen von Ort zu Ort in polnischer Begleitung bis zur Postenkette vor Opatowitz durchzuhelfen. Ein ferneres Beispiel für die völlige Ohnmacht der interalliierten Kommission und ihrer Organe ist das am 14. d. M. durch die polnischen Insurgenten erfolgte Anhalten des Röhnter Transportzuges von etwa 700 Flüchtlingen, obgleich diesem Zug freies Geleit von Seiten des polnischen Befehlshabers schriftlich zugesagt war und obgleich der Zug unter militärischer Bedeckung von drei alliierten Offizieren und 50 französischen Soldaten fuhr. Bis auf die Frauen, Kinder und älteren Männer wurden alle Flüchtlinge verschleppt und vier Personen unterwegs im Walde von Tarnowitz nach vorherigen schmerzlichen Mißhandlungen ohne irgendeine Veranlassung erschossen, darunter der 14jährige Gymnasiast Naase aus Röhnt.

Den Ausführungen dieser Note werden Eure Excellenz entnehmen, daß die deutsche Regierung alles zur Beförderung der obereschlesischen Lage zu tun bereit ist, soweit es die tatsächlichen Verhältnisse nicht unmöglich machen. Die deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der interalliierten Kommission gelingen wird, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wieder herzustellen und die Bevölkerung von dem Joch der polnischen Insurgenten zu befreien. (gez.) Dr. Wirth.

Die Reichsregierung und die Freischärlerbewegung.

Das auswärtige Amt hat auf die Note der interalliierten Militärkontrollkommission vom 14. Mai über Rekrutierungen für Schlesien folgende Antwort erteilt: Die deutsche Regierung teilt vollkommen die in Ihrer Note vom 14. Mai ausgesprochene Auffassung, daß die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien und die Bildung von Freikorps oder ähnlichen Formationen aus solchen unzulässig sei. Sie erließ deshalb bereits am 19. Mai den in Abschrift beigefügten Aufruf, worin sie derartigen Bestrebungen ganz entschieden entgegentritt. Schon vorher hatte der Reichswehrminister die zuständigen militärischen Stellen nachdrücklich angewiesen, daß die Bildung etwaiger Freiwilligenformationen mit allen Mitteln zu verhindern sei, um ein Wiederaufleben des Freikorps-Unwesens im Keime zu unterdrücken. Den in diesen Kundgebungen ausgesprochenen Grundgedanken entsprechend werden die deutschen Behörden mit größter Strenge gegen solche Anwerbungen und Zusammenschlüsse vorgehen. Eine Handhabe dazu bietet einmal die §§ 127 und 110 des deutschen Strafgesetzbuches, wonach unbefugte Bildung bewaffneter Gassen und Anschluß an solche sowie öffentliche Aufforderung zu geschwindlichen Handlungen mit Gefährdung des Lebens, ferner das Gesetz vom 22. März 1921, das die Auflösung von Vereinigungen gestattet, die mit den Vorschriften der Artikel 177 und 178 des Vertrages von Versailles in Widerspruch stehen. Die Polizei und die Gerichtsbehörden sind angewiesen, von den angezogenen Bestimmungen des Strafgesetzbuches unnachlässig Gebrauch zu machen und zwar namentlich auch gegen Zeitungen, in denen Werberate erscheinen. In Fällen, in denen sich unzulässigerweise angeworbene Freiwillige bereits zu Freikorps zusammengeschlossen haben sollten, wird deren Auflösung durch die Landesregierung erfolgen. Um den Zugang von Freiwilligen nach Oberschlesien zu verhindern, sind Maßnahmen im Gange, wodurch die Grenze des Abstimmungsgebietes für solche gesperrt werden soll.

Unter englischer u. deutscher Führung.

Den gestrigen Berliner Morgenblättern zufolge wurde in einem umfassenden Vorstoß von Krappitz und Rosel aus am Sonntag unter englischer und deutscher Führung von Abteilungen des deutschen Westschusses der Annaberger, der höchste Punkt in Oberschlesien, genommen. Drei Wochen lang war

der Annaberger, ein berühmter Wallfahrtsort, von den Polen besetzt und mit Artillerie besetzt worden. Er beherrscht das Land weit hinaus und ist entscheidend für mehrere wichtige Eisenbahnlinien. Die Polen wurden vollkommen gemorcht und verloren drei Geschütze. Gleichzeitig wurde im Nordosten des Annaberger der strategische Punkt Großstein genommen. Die Polen verloren hier zwei Minenwerfer und sieben Maschinengewehre.

Ein neues französisches Ultimatum?

Briand hat gestern nachmittag 3/6 Uhr den deutschen Botschafter Dr. Mayer zu sich berufen. Über die Unterredung ist amtlich nichts mitgeteilt worden. Man nimmt aber, wie der T.-L. aus Paris gemeldet wird, dort an, daß Briand dem deutschen Botschafter eröffnet hat, daß wenn die deutsche Gegenoffensive in Oberschlesien, die gegenwärtig zum Stillstand gekommen sei, weiter fortgesetzt wurde, die französische Regierung für die Folgen nicht einstehen könne. Man nimmt an, daß Briand in seiner Erklärung noch weiter gegangen sei und habe durchblicken lassen, daß die französische Regierung entschlossen sei, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, die als Sanktionen für die deutsche Nichterfüllung des Versailler Vertrags in Frage kommen. Mit anderen Worten: Die Befestigung des Ruhrgebietes. Wie es heißt, habe diese Mitteilung ultimativen Charakter. Man spricht von einer 24stündigen Frist, nach anderen Angaben soll das Ultimatum am Ende dieser Woche ablaufen.

Nach der Unterredung mit Dr. Mayer begab sich Briand nach dem Elysée, wo er mit Millerand beriet. Der Minister wird sich, wie das W. L.-B. meldet, heute ebenfalls mit der obereschlesischen Frage befassen, die in der Kammerdebatte im Nachmittage besprochen werden wird. Nachdem das Thema von mehreren Rednern behandelt sein wird, wird Briand eine Erklärung abgeben, in der er wahrscheinlich die Tragweite des gestern unternommenen Schrittes erläutern wird.

Die Entwaffnungsfrage.

Eine Auslassung der „Bayerischen Volksparteikorrespondenz“, des Organs der Partei des Herrn von Kahr, betont, daß die bevorstehende Lösung der bayerischen Einwohnerwehrfrage im gegenwärtigen Moment zurückhaltendes Schweigen zur Pflicht mache.

Nicht so, als ob man die Schwierigkeiten, die sich durch die außenpolitische Entwicklung Himmelstocher emporgedrückt hätten, totschweigen sollte oder gar als ob man hoffe, durch Stillschweigen dem ersten Problem aus dem Wege gehen zu können. Durch die Annahme des Ultimatus sei eine Lage geschaffen worden, die in beide Entschlüsse erfordere, die sich zwangsläufig aus der gesamten politischen Lage Deutschlands ergäben. Der Zwang der Verhältnisse werde es wohl nicht mehr umgehen lassen, daß die sich aus diesen Entschlüssen notwendig ergebenden Maßnahmen für alle Freunde der Einwohnerwehr nicht erfreulich sein würden. Die Frage laute heute nicht so, ob der Abbau der Einwohnerwehr in Angriff zu nehmen sei oder nicht, sondern die Frage laute, wie am besten den aufzubringenden Forderungen Rechnung getragen werden könne, ohne daß die Autorität der Regierung und die Ruhe im Lande dabei in Mitleidenschaft gezogen würden. Es müsse eingehend geprüft werden, wieweit die Forderungen der Entente überhaupt tatsächlich gingen, denn mehr zu tun und mehr zu erfüllen, als die Entente verlange, als sie vor allem nach dem Versailler Friedensvertrag verlangen könnte, wäre Wahnsinn.

Da es, so schreibt die „Ref. Ztg.“, Elemente genug gibt, die sich bei den in Aussicht stehenden Entscheidungen der Regierung nicht ohne weiteres beruhigen werden, sieht sich die beachtenswerte, weil mehr als nur parteiisigigjüdische Auslassung zu der nachdrücklichen Mahnung veranlaßt, daß die schweren Tage, denen das bayerische Volk entgegengehe, nur dann glücklich überstanden werden könnten, wenn nicht Leidenschaften und Gefühle, sondern nüchternes politisches Denken in allen Kreisen die Oberhand behielte.

Die Prozesse gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten

haben gestern vor dem Reichsgericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Schmidt begonnen. Der erste Prozeß richtet sich gegen den früheren Unteroffizier und jetzigen Küfermeister Karl Gehnen aus Bamern wegen begangener Mißhandlungen im Lager Soufflet. Anwesend waren Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsjustizministeriums und der englischen Regierung. Die Anklage wird von Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer vertreten. Zu seiner Verteidigung gibt der Angeklagte an, daß sich die englischen Kriegsgefangenen oft widerspenstig gezeigt haben

und die Arbeit verweigert hätten unter der Angabe, daß sie nicht verpflichtet seien, zu arbeiten. Der Angeklagte stellte in Abrede, die Gefangenen beschimpft zu haben; vielmehr habe er einmal Schweinerei gesagt und die Gefangenen hätten Schweine verstanden. Mit dem Stod habe er die Gefangenen nicht geschlagen, denn er habe nie einen Stod getragen. Aus der Stimmung der Engländer habe er entnehmen müssen, daß diese zu allem bereit seien. Die Russen seien arbeitsfreudiger gewesen. Nach und nach habe er auch die Engländer zur Einsicht bewegen und zwar ohne Stod und ohne Schläge. Es sei möglich, daß er versehenlich einen Gefangenen mit dem Gelmehrkolben gestoßen habe. Wie der Präsident mitteilte, hätten die englischen Gefangenen angegeben, daß sie bei dieser Gelegenheit auch von den Wachmannschaften geschlagen worden seien, wovon aber der Angeklagte nichts gesehen haben will. Wichtig sei, daß er einen Anführer in eine Arrestzelle gesperrt habe.

Royalistischer Putsch in Lissabon?

Wie die „Daily Mail“ aus Lissabon berichtet, ist dort ein Staatsstreich vollzogen worden, der ausnehmend monarchistischen Charakter hat oder doch wenigstens von den Monarchisten unterstützt wird. Die unter dem Schutz des Militärs stehende Revolte nahm am Samstag ihren Anfang. Leiter der Bewegung soll Machado das Santos sein. Ministerpräsident Bernardino Machado und alle übrigen Minister sind verhaftet worden. Die verhafteten Minister werden von Matrosen überwacht.

Kurze polit. Nachrichten.

* Die Aufhebung der Sanktionen. Einer Meldung des „Berl. Tageblatt“ aus Köln zufolge soll nach der „Rheinisch-westfälischen Morgenpost“ die Aufhebung der Sanktionen am Rhein nach einer Mitteilung aus englischer Quelle bis spätestens 6. Juni erfolgen. Die Räumung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort soll bereits einige Tage vorher angeordnet werden.

* Der Vorstand des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem politischen Zustand in Oberschlesien befaßt. Nachdem der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipziger, eingehend berichtet hatte über die politischen Gewaltverhältnisse und ihre Begünstigung durch die französische Besatzung wurde beschlossen, daß der internationale Gewerkschaftsbund eine aus Joubert, Paris, William-London und Gimmels-Amsterdam bestehende Untersuchungskommission baldigt nach Oberschlesien entsende, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern Feststellungen für eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

F. Karlsruhe, 24. Mai.

Der badische Landtag nahm in seiner gestrigen 40. öffentlichen Sitzung nach einem Berichte des Abg. Freudenberg (Dem.) den Gegenentwurf die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens im Rechnungsjahre 1920/21 ohne Aussprache in zweiter Lesung an. Dann beschäftigte sich der Landtag mit Anträgen und förmlichen Anträgen. Ein Antrag der Abg. Hertel (D.M.) und Genossen über die Umsatzsteuerfreiheit des an der Maul- und Klauenseuche eingegangenen Viehes und der an den Feindbuden abgelieferten Tiere einschließlich der Pferde wurde angenommen. Auf die förmliche Anfrage des Abg. Seubert (Zentr.) gab Finanzminister Köhler eine Antwort, in der er das neue Branntweinmonopolgesetz erläuterte und dann erklärte: Die süddeutschen Regierungen wollen bei der Reichsregierung beantragen, daß die bisher in Süddeutschland bestehenden Vorkredite erhalten bleiben. Die süddeutschen Regierungen müßten leider auch anerkennen, daß die kleinen Schnapsbrenner durch Schieberereien und Steuerbetrugereien sich vielfach verständig haben. Die gerecht denkenden Landwirte sollten bestrebt sein, gegen solche Betrugereien zu wirken, umso mehr, als sie wissen, daß ihre Erntezins auf dem Spiele steht. In die Beantwortung der Anfrage schloß sich eine lebhaftige Aussprache an.

Eine förmliche Anfrage des Abg. Siegelmeier-Oberkirch (Zentr.) richtete sich an den Arbeitsminister und verlangte Aufklärung über die Stellung der Regierung zur Koalitionsfreiheit unter Hinweis darauf, daß in Offenburg Mitglieder des

Uraufführung von Kusterers kom. Oper „Casanova“ am Stuttgarter Landestheater.

Das Stuttgarter Landestheater hat am vergangenen Sonntag die Erstlingsoper eines jungen, hochbegabten Karlsruher Komponisten zur Uraufführung gebracht, Arthur Kusterers „Casanova“. Das Textbuch entstammt der gewandten Feder des Karlsruher Journalisten und Schriftstellers Anton Rudolph, der bekanntlich ein ausgezeichneter Mozartkenner ist und sich durch Textbearbeitungen seltener aufgeführter Werke, wie z. B. „Titus“, verdient gemacht hat.

Aus dem bewegten, zügellosen Leben Casanovas, dieses „Häufchens“ Helben unzähliger Liebesabenteuer und Liebeshändel hat Rudolph eine interessante Episode ausgeschnitten und dramatisiert: Casanova, der listige, raffinierte, geschmeidige Verführer, verschwindet un bemerkt für eine Nacht aus der Gast des Forts St. Andre, wo er für einige allzu gewagte Liebestreiche büßen soll, wirbelt eine Hochzeitsgesellschaft in der Villa Murano bei Venedig durcheinander — spitzhaft, gepenitlich, ungreifbar — und ist am folgenden Morgen, als man nach ihm forscht, wieder pünktlich zur Stelle in Haft, als wäre nichts geschehen. Ein echter Casanovaistreich. Die Komik ist nur in spärlichen Anfängen zur Geltung gekommen, kaum genug um den Titel „Komische“ Oper zu rechtfertigen. Dem Textdichter kam es offenbar vor allem darauf an, Casanova, seinen Helben, von dem schimpflichen Rufe des Weiberjägers und Frauenverführers zu reinigen, zu retten. Drum hat er nur seine guten Eigenschaften ins Licht gesetzt und hat aus ihm einen von Edelmut tiefenherzigen Kavalier gemacht von untadeligem Sinn in Dingen der Liebe und Ehre, einen Galan, dem das Glück, die Reinheit und Unbescholtenheit der von ihm vergötterten Dame höher steht als die Erfüllung seiner Begierden. Was bleibt da von dem Casanova der Memoiren, der bekanntlich ein geschickter Schönfärbler im igiten Interesse war, noch anders übrig als das Ideal eines eingeistigen, interessanten, lebenslustigen, chevalresken Kavaliers? Die Verebelungsabsichten bei der Charakterisierung Casanovas sah ichen zweifellos übers Ziel hinaus, da sie den

* Im Triton-Verlag, Karlsruhe, erschienen.

nicht zu bestreitenden Tatsachen, die der freigeistige Weltmann in seinen Liebesnovellen selbst erzählt, vollkommen widersprechen. Der Begriff Casanova als des eleganten, geistreichen, chevalresken, aber doch gefährlichen, streupelosen Verführers, als der er eben nur einmal abgestempelt ist im Welturteil, durfte nicht in seinem wesentlichsten Charakterzug so stark entstellt werden.

Ein anderer Charakterzug, aus dem dramatisches Leben zu gewinnen war, das Gespenstliche, Spukhafte, Unheimliche in Casanova, der überall seine Hände im Spiel hat, überall Unruhe, Erregung und Verwirrung stiftet und doch nicht gefaßt werden kann, gelang besser. Und doch wären auch hier wirkungsvolle Steigerungen möglich gewesen. Stillsittlich ist Rudolph auf die alte Spieloper mit geschlossener Nummer zurückgegangen: Introduktionen, Rieder, Duette, Ensemble- und Chorätze wechseln mit azyprochen Dialogstellen. Oft glaubt man ein Viretto aus Rossinis oder Mozarts Zeiten in Händen zu haben. Ein Zeichen, daß die moderne Operndichtung an einem Wendepunkt oder Höhepunkt angelangt ist, über den sie nicht mehr hinauskommt. Daher dies Zurückgreifen auf alte, einst bewährte Formen, die der Textdichter, vor allem der Komponist mit neuem Inhalt, mit neuem Geist und neuen Empfindungsregungen füllen, mit neuen Farben schmücken soll.

Dieser Gestaltungsmodus kam dem musikalischen Geschma und Stilgefühl Kusterers in glücklicher Weise entgegen. Er hat sich benutzt und resolut, im Einklang mit seiner künstlerischen Anschauung und seiner speziellen musikalischen Begabung von der Orchesterprache des modernen Musikdramas emancipiert. Auch auf dem Gebiet der modernen Orchesterprache stehen wir an den Grenzen eines bis auf die Spitze getriebenen Musikstils. Eine Steigerung ist nur auf dem Wege der Massierung der Mittel möglich, und das ist unfünftlich. Kusterer ist ein viel zu feinsinniger Musiker, um sich derart brutaler Surrealogue zu bedienen. Deshalb ertönt auch hier der Ruf zur Rückkehr zur Einfachheit. Und Kusterer hat den Weg zurückgefunden zum Duell reiner Musik, aus dem alle großen und echten Lieddichter geschöpft haben. Er greift auf die Elemente aller Musik zurück: auf Rhythmus und Melodie. Und so ist denn die Musik zu „Casanova“ aus dem Jmpuls eines starken rhythmischen Gefühls herausgeborn. Er

umkleidet nicht nur das textliche Gerüste mit flüssigen, charakteristischen Klangbildern, sondern sucht die Gestalten von innen heraus musikalisch zu durchdringen. Der Rhythmus ist das eigentliche Element seiner Dramatik, er ist der Lebensnerv, durch den uns die Energien seiner Leidenschaft und seines Temperaments vermittelt werden, in ihm hämmert und pocht sein musikalischer Herz, in ihm vibrieren alle Nerven, die ihn über die Gestalten seines Werks bestimmen. Man denke an den Nachhoh im 11. Akt. Hier hat Kusterer Berührungspunkte mit Mozart, mit allen wahrhaft dramatischen Musikern überhaupt. Und seine Melodie schwingt in großen Linien von schönem Ebenmaß. In der Melodie spricht die Seele des Künstlers an unmittelbaren zu uns. Sie ist zugleich der Prüfstein seiner feinsten Ausdrucksfähigkeit. In den Duetten der beiden Hauptgestalten hat der Komponist den Reichtum seines edel geprägten Melos erschlossen. Und wie gierig trinkt das Ohr den Zauber der Melodien. Immer wieder steigt die Melodie über die Farbe. Kusterer verschmäht auch das Mittel der Farbe nicht, da wo es eine Situation zu durchleuchten hat. Da läßt er aparte Musikfarben spielen. Sie sind Mittel zum Zweck. So lernen wir aus „Casanova“ in Kusterer einen Kollaborationsmusiker kennen von Geschma und Geist, dessen Musik durch die prächtigen Linien ihrer Melodie bezaubert, der durch die rhythmische Energie seines Temperaments fasziniert und durch die Eleganz der Thematik und den Spirit seiner Einfälle überascht. Diese Vorzüge geben schon heute seiner musikalischen Handschrift das Gepräge großer Originalität. „Casanova“ erschließt somit auf dem Wege über die alte Form musikalischer Melodie, das aufhorchen läßt und wie eine Wirtshaft auf eine reichere Zukunft anspricht. Endlich mal wieder ein Bühnenkomponist, der sich von dem Zwang eines überladenen, ganz auf Farbe eingestellten Orchesters freimacht, der das rein musikalische nicht von einem schwülstigen Kolorit erlösen läßt. „Casanova“ ist die Probe einer starken Begabung eines jungen Komponisten, von dem wir noch Großes erwarten dürfen.

Unter der temperamentvollen, rhythmisch scharf, ausgeprägten Interpretation von Generalmusikdirektor Fritz Busch wurde das Werk mit erfreulicher Frische, wenn auch noch nicht bis in alle Einzelheiten gleich sorgfältig aufgeführt, aus der

freien Textilarbeiterverbandes bei der Firma Walter Claus durch schwere Druckmittel, wie durch einen Streik eine Angehörige einer christlichen Gewerkschaft veranlaßt hatten, aus dem christlichen Verbande auszutreten und sich der freien Organisation anzuschließen. Die Angelegenheit ist in der Zwischenzeit bereits im Sinne des Schutzes der Koalitionsfreiheit von der Regierung erledigt worden. In der Beantwortung der Anfrage erklärte Arbeitsminister Dr. Engler, daß die Regierung das Verhalten der Arbeiter der Firma Walter Claus in Offenburg nicht gebilligt habe. Es sei dem Regierungsrat gelungen, die Angelegenheit zu ordnen. Die Agitation für eine Organisation dürfe nicht in den Betrieben erfolgen. Angriffe gegen religiöse Überzeugungen seien zu vermeiden. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Firma Claus gehöre nicht der sozialdemokratischen Partei an und vielleicht sei der Vorfall in Offenburg ein Versuch gewesen, die Offenburger Arbeitererschaft von kommunistischer Seite aus aufzuspüren. Die Landesleitung der freien Gewerkschaften habe ein Rundschreiben verfaßt, in dem sie ihre Anhänger aufforderte, die Koalitionsfreiheit zu wahren.

Die Abg. Dr. Lefter (Dem.), Dörter (Soz.), Eberhardt (Zentr.) und Hubermehl (D.Nat.) billigten die Haltung der Regierung. Nächste Sitzung: Dienstag vormittag.

Zu Beginn der heutigen Sitzung begründete Abg. Fritsch-Bahr (D.Nat.) eine förmliche Anfrage über die Laubstreuabgabe durch Domänenverwaltungen. Die Anfrage wurde von Landforstmeister Grefsch beantwortet, der darauf hinwies, daß der Waldboden durch die dauernde Laubentziehung sehr geschädigt wird und deshalb die Laubstreuabgabe notwendig ist.

Darauf wurde eine Reihe Petitionen privaten Charakters erledigt. Es folgte die Besprechung des Gesuchs der Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach über das Verbot sportlicher Wettspiele an den höchsten Feiertagen. Der Ausschuss für Gesuche und Beschwerden stellte dazu den Antrag, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Weismann (Soz.) wünschte die Aufhebung des feinerzeitigen Beschlusses des Landtages. Vorschriften darüber, wie der Sonntag zu feiern sei, könnten nicht erlassen werden. Das Autofahren störe oft die Sonntagsfeier mehr als die Ausübung des Sports. — Abg. Dr. Schofer (Zentr.) betonte, hohe Feste sollten einen besonderen Schutz erhalten. Das Fahren mit Autos könnte, ähnlich wie in der Schweiz, durch die Gemeinden für eine bestimmte Anzahl von Sonntagen verboten werden. — Abg. D. Mayer-Karlruhe (D.Nat.) erklärte sich ebenfalls damit einverstanden, daß die Angelegenheit nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen wird. Der Beschluß des Landtages sollte lediglich fünf Tagen den Charakter als Feiertag aufrechterhalten und diesen Beschluß sollte man aufrecht erhalten. — Nach weiterer Debatte beschloß das Haus die Billigkeit an den Ausschuss zu überweisen.

Es folgte die Besprechung des Gesuchs des Vereins Süddeutscher Zeitungsverleger über die Befreiung der verkehrsrechtlichen Sonderbesteuerung der Zeitungsanzeigen. Der Ausschuss beantragte das Gesuch in zustimmendem Sinne der badischen Regierung zu überweisen.

Die Abg. Gied (Soz.), Maik (Zentr.), Kuelbin (Dem.), D. Mayer-Karlruhe (D.Nat.) und Kraus (Soz.) traten für den Antrag des Ausschusses ein, der dann auch angenommen wurde.

Das Haus erledigte darauf noch einige andere Gesuche. Damit war der verhandlungsreife Stoff erschöpft und der Landtag vertagte sich auf unbestimmte Zeit. Von der sozialdemokratischen Fraktion war dem Hause ein Gesuch auf kostenfreie Abgabe der Lehrmittel an die Schüler öffentlicher Anstalten zugegangen. Schluß der Sitzung 12 Uhr 15 Minuten.

Erster badischer Mietertag.

Am Samstag und am Sonntag hielten die dem Landesverband der badischen Mietervereine angegliederten Körperchaften ihren ersten badischen Mietertag in Karlsruhe ab. Am Samstag vereinigte man sich im Tiergartenrestaurant zu einer geschlossenen Vertreterversammlung, die über geschäftliche und organisatorische Angelegenheiten beriet.

Am Sonntag fand unter dem Vorsitz des Landesvorstandes H. Kamm-Mannheim die Hauptversammlung statt. Sie war von 55 Vertretern besucht, die von 32 Vereinen abgeordnet waren. Man beschloß, die Festsetzung des nächsten Tagungsortes dem Vorstande zu überlassen und die Zeitungsfrage im Einklang mit dem deutschen Mieterbunde zu regeln. Den Verbandemitgliedern soll durch ein Rundschreiben die empfehlenswerte Literatur in der Mietfrage mitgeteilt werden. Dann hielt Amtmann Dr. Sauter-Freiburg einen Vortrag über die Mietzinsbildung und den Mieterschutz im Rahmen des Reichs-

Kaufes geboten. Von den Solisten ist in erster Linie Fritsch-Sokoloff hervorzubedenken: gelanglich eine ausgezeichnete Leistung; die Darstellung dagegen verlangt eine elegante, schlanke Reiterfigur, Grazie, Feuer, Leidenschaftlichkeit in Mimik und Gesten; hier mußte wohl oder übel mancher Wunsch unerfüllt bleiben. Als Fiorilla bestund Olga Polomé durch die Schönheit ihres leuchtenden Organs. Die übrigen Frauenrollen waren weniger gut besetzt. Charakteristische Gestalten waren Reinhold Fritsch-Bufori und Albin Swoboda's Gambetto, der sich außerdem um die Spielleitung verdient machte. Das Orchester war allzu nichtern gehalten; das zweite Bild entsprach dagegen den hässlichen Anweisungen vollkommen. Der Beifall war warm und herzlich, am Schluß stark. Mit den Solisten und dem musikalischen Leiter wurde der Komponist mehrmals vor den Vorhang gerufen und mit Lorbeer ausgezeichnet.

Gugo Rollet.

Landestheater. Man schreibt uns aus der Theaterkammer: Der russische Komödienabend, den das Schauspiel für Samstag, den 28. d. M. vorbereitet, umfasst Werke von Gogol, Schegow und Gorkinoff. Der Kleinruss Nicolaj Gogol, als Novellist durch geniale Eigenart, unerwöhnliche Phantasie und tiefe Verwurzelung in seinem Heimatsboden einer der Größten, hat gleichzeitig als Bühnendichter das vollstimmteste russische Lustspiel geschrieben: „Der Revisor“, ein Werk, das in unerbittlicher Satire die Besesslichkeit u. Noth des russischen Beamtenstandes geißelt. Einem anderen Uebel, der Spiel- und Schauspielwelt seiner Landsleute, rückt Gogol in seiner breit und farbigen angedeuteten Komödie, „Die Spieler“, die erstmalig am Landestheater zur Aufführung kommen wird, zu Leibe. Einen falschen Spieler zu überfallschpielen setzt eine Vereinigung schwerer Jungen, eine Schiebung großer Stills in Szene, die in plötzlicher Anschaulichkeit gestaltet, ein stark satirisch gehaltenes Stück russischen Lebens entwickelt. Und wenn Gogol am Abend der Erstausführung seines „Revisors“ dem Kaiser Nikolaus auf seine anerkennenden Worte: „Ich habe noch nie so gelacht wie heute Abend“ antwortete: „Das Stück sollte eine andere Wirkung haben“, so könnte dieser Ausspruch heute auch für seine „Spieler“ gelten. — In der Oper befindet sich als Hauptdarstellerin die einheimische Komponistin Dr. Max Steibels „Wolpertuisnacht“ für Juni in Vorbereitung. Die Einstudierung leiten die Herren Operndirektor Cortolegis und Oberregisseur Lange.

mietsgesetz. Der Redner führte aus: In der badischen Verordnung über die Mietsfragen und im Entwurf des Reichsmietsgesetzes wird bei der Festsetzung der Miete von der Friedensmiete ausgegangen. Die Miete darf nur erhöht werden, insofern außerordentliche Aufwendungen vorgenommen wurden für Hypotheken, öffentliche Abgaben und Instandsetzungen. Bei den öffentlichen Abgaben muß unterschieden werden zwischen Steuern und Gebühren der Städte (Kanal-, Wasser- und Müllabfuhrgebühren). Bei den Hypotheken wird ein Mehraufwand schwer festzustellen sein, denn die Geldgeber sind vielfach froh, wenn sie ihre Kapitalien anlegen können und verlangen deshalb eine geringere Verzinsung. Infolge dieser Tatsache ist eine Vergütung für die Hausverwaltung nicht in Rechnung zu stellen. Der Hausbesitzer hat auch heute eine größere Sicherheit bezüglich der Einkünfte aus den Mieten. Die Ausgaben für die Wasserlieferung usw. im Gemeinbehalt sollen für sich geföhrt werden. Sie dürfen jedenfalls nicht benutzt werden, um die Gemeindecinnahmen zu steigern, sonst kommen diese Gebühren auf eine Steuer hinaus. Für die Instandsetzung darf nur eine gewisse Tilgungssumme im Jahre angelegt werden. Im Reichsmietsgesetz ist ein Unterschied gemacht zwischen den laufenden und den anderen Instandsetzungsarbeiten, als laufende Instandsetzungsarbeiten sind die kleineren angesehen. Der Redner ging weiter auf Einzelheiten aus dem Reichsmietsgesetz ein.

In der Aussprache wandte sich Dietrich-Korzhheim gegen die freie Wirtschaft im Wohnungswesen. Gewerbelehrer Siding-Freiburg schlug eine Entschädigung vor, nach der die Gemeinde der Träger des Wohnungswesens sein soll. Damit erhalte die Gemeinde die Baupflicht, die Wohnungsgenossenschaften seien zu verwerfen. Stadtrat Dr. Kullmann-Karlruhe forderte, daß der Hausbesitzer die Ertragssteuer nicht auf die Mieter abwälzen dürfe. Stadverordneter Hebe-Karlruhe erklärte, der Karlsruher Mieterverein habe erreicht, daß der Karlsruher Stadtrat den sogenannten Mietervertrag nicht angenommen habe. Nagel-Mannheim verlangte eine gesetzliche Festlegung des Wohnungspreises. Jäger-Offenburg forderte an Stelle des badischen Sperrgesetzes ein Reichsperregesetz. Steinbrunn-Durlach bezweifelte, daß eine Wohnungsluxussteuer das Erbringen würde, was zum Bauen notwendig sei. Wagner-Rastatt verlangte eine Erhöhung der Wertzuwachssteuer auf 80 Prozent, und forderte eine eifrigere Benutzung der Presse durch die Freunde der Mieterbewegung. Werner-Lörrach kritisierte die Zustände am Mieteinigungsamt in Lörrach.

Über die Geldbeschaffung zur Neubautätigkeit sprach der Landesvorsitzende H. Kamm-Mannheim. Der Redner kam dabei zu dem Schlusse, daß die Lösung der Frage der Geldbeschaffung nur gefunden werden darf durch die Wohnungsgenossenschaft. Jeder Einzelne müsse interessiert werden an der Neubautätigkeit. Durch die Mietbewegung wolle man das Volk aus dem Wohnungsleben herausbringen. In der Aussprache schlug Gewerbelehrer Siding-Freiburg nochmals eine Entschädigung vor, nach der die Gemeinden die Träger des Wohnungswesens sein sollen. Stadverordneter Kruse-Karlruhe verlangte eine Besteuerung für Luxuswohnungen. Seeger trat für die genossenschaftliche Durchführung des Wohnungswesens ein. Rechtsanwalt Heindel-Mosbach berichtete über die Ergebnisse des genossenschaftlichen Wohnungswesens in Pforzheim. Stadverordneter Hebe-Karlruhe verlangte, daß die Mieteinigungsämter unter dem Einfluß der Mietervereine gefragt würden. Nach weiterer Aussprache wurde folgende Entschädigung einstimmig angenommen:

Der badische Mietertag erbringt im neuesten Entwurf des Reichsmietsgesetzes keine annehmbare Regelung der Mietzinsfrage. Die gesetzliche Miete soll unabhängig von dem Willen der Parteien gelten. Das System prozentualer Zuschläge zur Friedensmiete ist abzulehnen. Die tatsächliche Höhe der Betriebs- und Instandsetzungsstellen soll allein noch maßgebend sein. Der Ertrag des Mehraufwandes für Instandsetzungsstellen hat auf Grund eines Tilgungsplanes zu erfolgen. Kleinere Aufwendungen sind in einem kürzeren, größere in einem längeren Zeitraum zu tilgen unter Berücksichtigung der Zeit, in der voraussichtlich die Erneuerung des Aufwandes nötig wird. Eine Abwälzung der Steuern und Umlagen auf die Mieter ist mit den Grundbächen der steuerlichen Gerechtigkeit unvereinbar. Soweit diese Lasten zu hoch erscheinen, wären sie auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. Gelingt das Zustandekommen eines den Mietinteressen gerecht werdenden Reichsmietsgesetzes, so soll weder der Reichstag noch die Länder die gesetzliche Grundlage zu ungunsten der Mieter ändern können. Der Mietervertretung ist ein bestimmender Einfluß auf die Hausverwaltung und die Mietzinsbildung einzuräumen. Neben dem Mietzinsgesetz ist eine nach gemeinwirtschaftlichen Grundlagen gestellte gesetzliche Regelung des Wohnungswesens unentbehrlich.

Die Entschädigung Siding-Freiburg wurde dem Vorstande zur Kenntnisnahme überwiesen. Dann wurde die Tagung geschlossen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Nr. 27 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Ministeriums des Inneren: Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände.

Aus der Landeshauptstadt.

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 12. Mai. Kriegsgefangenenheimkehr. Es wird beschloffen, die letzten, aus Avignon heimkehrenden Kriegsgefangenen bei ihrem Eintreffen hier durch Vertreter des Stadtrats zu begrüßen und ihnen dabei Liebesgaben der Stadt zu übergeben.

Wasserversorgung der Kaiserne Gottesaue. Es hat sich als notwendig erwiesen, die vom Schlacht- und Viehhof benützten Stallgebäude der Kaiserne Gottesaue an das Wasserleitungsnetz des Westens anzuschließen. Der Betrag der Herstellungskosten wird in den Vorausschlag für 1921/22 eingestellt.

Erweiterung des Wasserwerks. Um die Wasserversorgung der Stadt für die nächsten Jahre sicherzustellen, fällt die Anlage zweier weiterer Brunnen (Schachbrunnen) nötig. Der Stadtrat beschließt vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses die Herstellung derselben mit einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Aufwand von 1 151 000 M.

Verwaltungsräume des Gaswerks. Die Geschäftsräume des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswesens, Kaiserallee 11, sind schon längst unzulänglich. Da eine gründliche Abhilfe durch Erstellung des projektierten Verwaltungsgebäudes jetzt und in den nächsten Jahren nicht möglich ist, soll das alte Gasreinigungsgebäude alsbald notwendig zu Bürozwecken umgebaut und eingerichtet werden. Die Kosten mit rund 55 000 M. werden in den Vorausschlag für 1921/22 eingestellt. Durch diesen Vorbehalt wird namentlich eine glattere Abwicklung des Kassen- und Gasanmeldebienstes erreicht.

Förderung des Wohnungsbauens. Als Zuschuß für den Wohnungsbau werden in zwei Fällen größere Beiträge bewilligt.

Kleingärten. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses sollen zur Wasserlieferung der Kleingärten am südlichen Ende des ehemaligen Exerzierplatzes und im Gewann „Oberer See“ eine Wasserleitung und Brunnen derselben mit einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Aufwand von 19 000 M. angelegt werden. Der Kostenaufwand wird vom Verein der Kleingartenpächter der Weststadt G. V. im Laufe von 10 Jahren bei entsprechender Verzinsung getilgt werden.

Besuch der städt. Volksschule. Das Volksschulrektorat berichtet über den Besuch der städt. Volksschule nach dem Stand vom 19. April 1921. Darnach beträgt die Zahl der Anfänger 2266 gegen 2259 an Ostern 1920. Die gesamte Schule einschließlich der Hilfschule zählt 411 Klassen mit 16 066 Schülern, während an Ostern 1920 vorhanden waren 248 Klassen mit 16 778 Schülern. Der Rückgang der Schülerzahl um 713 erklärt sich — allerdings nur zum geringen Teil — daraus, daß in diesem Jahre die Schüler und Schülerinnen der Volksschule bereits an Ostern, nicht wie bisher im Herbst, in die höheren Schulen übergegangen sind. Von den 16 066 Schülern und Schülerinnen besuchen die erweiterte Knabenschule 7 076 gegen 6541, die erweiterte Mädchenschule 7473 gegen 6910, die Bürgerschule 456 gegen 669, die Töchterschule 767 gegen 1684 und die Hilfschule 293 gegen 314 zu Beginn des Vorjahres. Außerdem besuchen die allgemeine Fortbildungsschule (Sofienchule) 355 Mädchen (darunter 203 Fortbildungsschülerinnen) und die Selekta (9. Klasse) der Töchterschule 49 Mädchen. Die Zahl der Lehrkräfte beträgt 524 und zwar: 224 Hauptlehrer, 74 Hauptlehrerinnen, 64 Unterlehrer, 76 Unterlehrerinnen, 9 Hilfslehrer, 12 Hilfslehrerinnen und 65 Hauslehrer- und Hauslehrerinnen.

B. Verhaftung von Salvarianenschmugglern in Karlsruhe. Trotz der Bestrafungen blüht der Schleichhandel kräftig weiter. So wurden heute in Karlsruhe wieder sechs Personen wegen Schleichhandels mit Salvarian verhaftet.

Badische Zeitungsstimmen.

Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Anschauungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

„Deutschnationale Demagogie.“

Unter dieser Überschrift schreibt die „Heidelbergische Volkszeitung“:

„Den Rechtsparteien ist die Kanzlerschaft Dr. Wirths schwer in die Glieder gefahren, besonders die „Süddeutsche Zeitung“, eines der krawallösesten und schmutzigsten Rechtsblätter, die wir kennen, hat ihn jetzt besonders zur Zielscheibe ihrer spöttischen Angriffe erhoben, denn das gehört sich nun einmal so, daß die Presse derjenigen, die sich „konservativ“, d. h. staats-erhaltend nennen, die sich „christliche“ Politiker schimpfen, denen angeblich Staat und Vaterland über alles gehen — daß gerade diese Presse jetzt in dieser schweren Situation des deutschen Volkes nichts Besseres zu tun weiß, als die Männer zu beschmutzen, die den Mut besitzen haben, durch Eintritt in die Regierung die drohende Katastrophe abzuwenden.“

Die „Volksztg.“ gibt dann einen Teil eines Artikels der „Südd. Ztg.“ wieder und bemerkt dazu:

„Es ist richtig, daß die „Süddeutsche“ mehr wie einmal über die Tätigkeit Dr. Wirths als badischer Finanzminister „das Richtige“ gesagt, d. h. ihm Mißwirtschaft, Schuldenwirtschaft u. a. m. vorgeworfen hat. Aber so großmütig die „Süddeutsche“ sich preizt, so kleinlaut waren die deutschnationalen Herren im badischen Landtag. Jedesmal, wenn Wirth sie wegen der Angriffe der „Süddeutschen Zeitung“ zur Rede stellte, wenn er sie aufforderte, ihm doch mitzutheilen, worin seine Mißwirtschaft bestände, wo und was zu bessern sei, da wichen die famosen Herrschaften feige zurück und bis heute sind sie die Antwort schuldig geblieben. Das war auch gar nicht anders möglich. Wir haben schon mehr wie einmal an dieser Stelle mit Freude festgestellt, daß es Dr. Wirths Verdienst war, die badischen Finanzen gesund über die schweren Stürme des Zusammenbruchs hinüberzureiten. Aber allerdings war dies nur möglich dadurch, daß Wirth da zugriff, wo etwas zu holen war, nämlich bei den Besitzenden. Im Bunde mit der Sozialdemokratie drückte er im Landtag das sog. Badische Notopfer durch, das hauptsächlich zur Sanierung unserer Finanzen beitragen hat. Durch diese seine überzeugte soziale Gesinnung erwarb er sich die Sympathien der Linken und den Haß der Rechten. „Dr. Wirth ist Erzbergerianer durch und durch und wenn die Leitung der Reichspolitik in solche Hände übergeht, dann braucht man über den Kurs keine Mutmaßungen anzustellen.“ So schreibt die „Süddeutsche“. Aber gerade diese Tatsache, daß Dr. Wirth Erzbergerianer ist, d. h. daß er die soziale und republikanische Linksregierung im Zentrum repräsentiert, macht es überhaupt möglich, daß ein Linkskabinett zustande kam, daß die Sozialdemokratie in das Kabinett eintrat und die U.S.P. sich bereit erklärte, dieses Kabinett zu unterstützen. Wir hätten wahrhaftig nichts dagegen gehabt, wenn das Kabinett Fehrenbach-Simons oder gar ein Kabinett Stresemann das Londoner Ultimatum hätte unterzeichnen müssen. Aber nachdem die Deutschnationalen — die es am aller nötigsten haben! — das Ultimatum ablehnten und die Liberalen ebenfalls umfielen aus Angst vor der deutschnationalen Konfurrenz, da blieb ja gar nichts anderes übrig, als ein Kabinett der Mitte mit starkem Linkseinschlag. Und daß Dr. Wirth dazu bereit war, muß ihm als historisches Verdienst gedankt werden und daran ändert auch das eflige Klaffen der badischen Deutschnationalen nichts.“

„Wirth und die Gladiatoren.“

In einer Stuttgarter alldeutschen Zeitung heißt es in einem Bericht über die furchtbare erste Reichstagsitzung, in der über das Ultimatum entschieden wurde: „Der Wirth führt als Held die Gladiatoren, deren Kampf in der Unterwerfung besteht, in die Arena. Herr Wirth, der getreue Heidenlump des ewigen Matthias, ist in diesem Augenblick wirklich Sieger, sogar über Herrn Simons, gegen den sich seine Ministerarbeit im Kabinett allezeit richtete. Das neue Amt, das ihm zugeworfen ist, scheint ungewöhnliche Energien in ihm auszulösen. Die Erklärung, die er namens der Regierung abgibt, die ein Ergebnis trauriger Schwäche ist, gibt er mit einer so starken Stimme ab, wie er sonst nur zu Erzbergers Zeiten in der Polemik gegen die Rechte zur Verfügung hatte.“

Hierzu schreibt die „Konstanzer Zeitung“:

„Es fällt einem schwer, daran zu glauben, daß es Leuten, die derartiges schreiben und schicksalsschwere Entscheidungshunden in dieser Form betrachten, sehr ernst ist mit der oft erwähnten Liebe zum Vaterland. Hier wird die ganze Politik mit einer fast unfaßbaren Privoltheit als Virtuosenstück angesehen, Schicksalsfragen werden behandelt wie ein Sport. Wäre hier etwas mehr Ernst, dann wäre gunsten des Landes und Volkes schon wesentliches gewonnen und man könnte mit größerer Zuversicht dem Kommenden entgegengehen.“

Literarische Neuerscheinungen.

Die Rembrandt-Bibel (vollständig in 4 Bänden). Bilderbuch zur Weltliteratur Band 4-7. Altes Testament Band I. Mit 66 Abbildungen nach Zeichnungen, Gemälden und Stichen Rembrandts, mit den zu den Bildern gehörigen Bibeltexten, mit einer Einleitung Rembrandts als Darsteller biblischer Stoffe und ergänzenden Anmerkungen, herausgegeben von E. B. Vredt. (München, Hugo Schmidt Verlag. Preis 15 M.) Kein Künstler in aller Welt hat sich durch alle Jahre seines Lebens in die Illustration der Bibel, auch kein nordischer Künstler hat sich so tief in das Seelische aller möglichen Geschichten und Gestalten des Alten und Neuen Testaments versenkt wie Rembrandt. Kraft solcher Versenkung, kraft seiner Genialität schuf er in freier unabhängiger Weise Gestalten und Erzählungen, die als künstlerische Schöpfungen ebenso fest die Jahrhunderte und Jahrtausende überdauern werden, wie die uralten Erzählungen in der Bibel selbst. Führen uns die Bilder zu Ovid in den heiteren Reichtum der klassischen Welt — Rembrandt ist der unergleichen Führer in der unerforschlich großen Welt voll Trauer und Kraft, Sinnlichkeit und Seelenglut aller biblischen Bücher. Er läßt sich keine Bilder denken von größerer innerer Wahrheit und Schönheit, von größerer künstlerischer Kraft als die Rembrandt-Bibel.

Staatsanzeiger.

Das Justizministerium hat unterm 21. März d. J. den Oberjustizsekretär Emil Würfel beim Präsidium des Reichsgerichtes zum Amtsgericht daselbst bestellt.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 17. Mai d. J. den Hauptlehrer Karl Hügel an der Volksschule in Mannheim zum Turnlehrer an der Oberrealschule daselbst ernannt.

Der beim Amtsgericht Lahe und Landgericht Offenburg zugelassene Rechtsanwalt Dr. Karl Rubin hat seinen Wohnsitz nach Ottenheim verlegt.

Durch Entscheidung des Arbeitsministeriums wurde Obergeometer August Kraft in Wühl zur Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues bestellt.

Geftorben:
am 18. April d. J.: Trautwein, Adolf, evang. Pfarrer a. D.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen u. dergleichen der planmäßigen Beamten sowie

Ernennungen, Beförderungen u. dergleichen von außerplanmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.
Volksschulwesen.

Bellinghausen, Max, Untl. in Neuershausen (Freiburg); wird Hilfl. in Freiburg; Blant, Albert, Schuland, wird Untl. in Ladenburg (Mannheim); Büchler, Frida, Untl. in Bruch-

hausen (Sttingen), wird Hilfl. in Waldorf (Wiesloch); Deger, Hubert, Untl. in Gottenheim (Weisach), wird Untl. in Neuershausen (Freiburg); Dufner, Berta, Untl. in Hoffstetten (Wolfsch), wird Hilfl. in Grafenhausen (Eitenheim); Ebert, Elisabeth, Schuland, wird Hilfl. in Michelbach (Sinsheim); Gmelin, Rudolf, Hilfl. in Peterzell (Willingen), wird Untl. in Saagen (Wörzach); Heß, Philipp, Untl. in Jbach (Obersirch), wird Untl. in Sulzbach (Nastatt); Hüfner, Rudolf, Hilfl. in Dürheim (Willingen), wird Hilfl. in Nag (Engen); Hüfer, Friedrich, Hilfl. in Dürheim (Weisach), wird Hilfl. in Riegel (Emmendingen); Kuhn, Johannes, Hilfl. in Grödingen (Durlach), wird Hilfl. in St. Leon (Wiesloch); Mehlert, August, Untl. in Au im Murgtal (Nastatt), wird Untl. in Jbach (Obersirch); Ringwald, Paul, Hilfl. in Baden, wird Untl. in Au im Murgtal (Nastatt); Rupp, Georg, Schuland, wird Hilfl. in Staufenberg (Nastatt); Schaub, Albert, Hilfl. in Griesbach (Waldkirch), wird Schul. daselbst; Schaub, Wilhelm, Schuland, wird Hilfl. in Michelbach (Sinsheim); Springmann, Hermann, Hilfl. in Gremelsbach (Trieberg), wird Untl. in Bruchhausen (Sttingen).

Vorduc, Martin, Hilfl. in Dasselbach (Sinsheim), wird Hilfl. in Michelbach (Sinsheim); Eberhard, Wilhelm, Hilfl. in Klepsau, wird Hilfl. in Oberndorf (Wogberg); Föhner, Ludwig, Untl. in Oberwittstadt (Wogberg), wird Hilfl. in Reich (Schwödingen); Gembe, Karl, Untl. an der Oberrealschule Mannheim, wird Hilfl. in Friedrichsdorf (Eberbach); Graf, Gustav, Hilfl. in Brunnabern (Donndorf), wird Hilfl. in Leberlingen (Mehlich); Grein, Gottfried, Schuland, wird Hilfl. in Freudenberg (Weisach); Deger, Ferdinand, Hilfl. in Oberwittstadt (Wogberg), wird Untl. daselbst; Gerold, Hedwig, Untl. in Wobstadt (Wogberg), auf Ansuchen entlassen und entlassen; Herzig, Leopold, Untl. in Wöhringen (Engen), wird Hilfl. daselbst; Heuser, Leopold, Hilfl. in Rappena (Sinsheim), wird Hilfl. in Steinsfurt (Sinsheim); Hönig, Frida, Schuland, wird Hilfl. in Ladenburg (Mannheim); Klein, Wilhelm, Hilfl. in Redargemünd (Heidelberg); wird Schul. daselbst; Knecht, August, Hilfl. in Heinstetten (Mehlich); Kretz, Untl. in Schriesheim (Mannheim), wird Untl. in Weinheim; Kus, Alma, Untl. in Wogberg, wird auf Ansuchen entlassen und entlassen; Maus, Hermann, Hilfl. in Donndorf, wird Hilfl. in Niedern a. B. (Donndorf); Müller, Wilhelm, Schuland, wird Hilfl. in Eberbach; Rühig, Ludwig, Schuland, wird Hilfl. in Grünfeld (Tauberbischofsheim); Reibelt, Felix, Hilfl. in Rittersdorf (Nastatt), wird Schul. daselbst; Reinhold, Albert, Schuland, wird Hilfl. in Keppenbach (Emmendingen); Rist, Julius, Schuland, wird Hilfl. in Riefenbrunn (Wogberg), wird Hilfl. daselbst; Sauns, Ernst, Hilfl. in Kengen (Waldshut), wird Hilfl. in Wülfringen (Tauberbischofsheim); Saur, Josef, Schuland, wird Hilfl. in Hardsheim (Wuchen); Schenz, Anton, Untl. in Rühlhausen (Wiesloch), wird Hilfl. in Weingarten (Durlach); Schmid, Wilhelm, Schuland, in Baiertal (Wiesloch), wird Untl. daselbst; Schorle, Karl, Hilfl. in Oerhausen (Bruchsal), wird Untl. daselbst; Schorle, Karl, Hilfl. in Bernau-Mühlertal (St. Blasien), wird Hilfl. in Osterburken (Weisach); Schumacher, Paul, Hilfl. in Hohenaschen (Weinheim), wird Hilfl. in Schriesheim (Mannheim); Schumann, Hans, Unterlehrer in Heideberg, wird Unterlehrer in Schriesheim (Mannheim); Wagner, Gotthold, Hilfl. in Seebach (Heidelberg), wird Hilfl. in

Hinsbach (Sinsheim); Wittenmann, Artur, Hilfl. in Eichersheim (Sinsheim), wird Hilfl. in Weibstadt (Sinsheim); Wolf, Andreas, Schuland, in Dossenheim (Heidelberg), wird Untl. daselbst; Zimmermann, Elfe, Schuland, wird Untl. in Wobstadt (Wogberg); Zwickel, Fritz, Hilfl. in Michelbach (Heidelberg), wird Hilfl. in Weinheim.

Domas, Ludwig, Schuland, wird Hilfl. in Rühlach (Heidelberg); Ernst, Josef, Hilfl. in Pöttingen (Wuchen), wird Hilfl. in Reisch (Schwödingen); Haas, Otto, Hilfl. in Riedelsheim (Karlshöhe), wird Untl. in Wilhelmshof (Heidelberg); Heidenreich, Alfred, Untl. in Wilhelmshof (Heidelberg), wird Hilfl. in Buch a. A. (Wogberg); Kutt, Thomas, Hilfl. in Diefenheim (Wiesloch), wird Hilfl. in Horrenberg (Wiesloch); Neubauer, Adolf, Hilfl. in Schiltach (Wolfsch), wird Schul. daselbst; Ott, Karl, Schuland, in Dudenfeld (Wogberg), wird Hilfl. in Dudenfeld (Wogberg); Soder, Johana, Hilfl. in Dambriiden (Bruchsal), wird Hilfl. in Durlach; Bollmer, Wilhelm, Untl. in Oberhausen (Bruchsal), wird Hilfl. in Odenheim (Bruchsal).

Albach, Emma, Untl. in Söllingen (Durlach), wird Untl. in Wogberg; Bechtler, Wilhelm, Untl. in Unterminstertal-Rotenbuch (Staufen), wird Hilfl. in Eberbach (Obersirch); Behr, Wilhelm, Hilfl. in Neuenheim (Engen), wird Hilfl. in Wiesch (Stodach); Bertsch, Emil, Schreibsch. (Kreislichschulamt Tauberbischofsheim), wird Untl. in Vietighheim (Nastatt); Debel, Karl, Hilfl. in Waldorf (Wiesloch), wird Untl. in Mannheim; Dietrich, Auguste, Schuland, wird Hilfl. in Rammersweier (Offenb.); Duer, Hermann, Hilfl. in Kollnau (Waldkirch), wird Untl. in Kirchhofen (Staufen); Heß, Ernst, Schuland, wird Hilfl. in Sulzfeld (Eppingen); Herrmann, Elisabeth, Schuland, in Spöck (Karlshöhe), wird Untl. in Söllingen (Durlach); Maier, Maria, Untl. in Walsch (Stodach), wird Untl. in Rotenbuch (Staufen); Meizer, Georg, Untl. in Baiertal (Wiesloch), wird Untl. in Walzfel (Wiesloch); Ochs, Karl, Untl. in Krautheim (Wogberg), wird Untl. in Mannheim; Röll, Josef, Hilfl. in Freiburg, wird Hilfl. in Kollnau (Waldkirch); Sauer, Margarete, Untl. in Hftringen (Bruchsal), wird Hilfl. in Waldorf (Wiesloch); Sumser, Rudolf, Schuland, in Obergebißbach (Söllingen), wird Hilfl. in Freiburg; Wist, Friedrich, Untl. in Walzfeld (Wiesloch), wird Untl. in Hftringen (Bruchsal).

Borel, Rudolf, Untl. in Lobensfeld (Heidelberg), wird Untl. in Brühl (Schwödingen); Borchhäuser, Oskar, Schuland, wird Hilfl. in Gochsheim (Breiten); Friedrich, Otto, Untl. in Unterprechtal (Waldkirch), wird Hilfl. in Unterfimonswald (Waldkirch); Geber, Berta, Hilfl. in Nastatt, wird auf Ansuchen entlassen und entlassen; Hebdgen, Berthilde, Untl. in Wülfrichtal (Wühl), wird Hilfl. in Nastatt; Koch, Anna, Untl. in Brühl (Schwödingen), wird Untl. in Unterprechtal (Mosbach); Meyer, Karl, Hilfl. in Wageningen (Freiburg), wird Untl. in Jag (Waldkirch); Dehler, Otto, Hilfl. in Falkau (Neustadt), wird Hilfl. in Hardsheim (Emmendingen); Neger, Karl, Hilfl. in Hintersgarten (Neustadt), wird Hilfl. in Ringsheim (Eitenheim); Rinkenbach, Paula, Untl. in Jag (Waldkirch), wird Untl. in Unterprechtal (Waldkirch); Schumacher, Karl, Untl. in Unterprechtal (Mosbach), wird Untl. in Lobensfeld (Heidelberg).

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen.
Abteilung für Salinen und Bergbau.
Planmäßig angestellt:
Kanzleiaffistent Otto Kubner beim Salinenamt Rappenaun.

Nur noch wenige Tage!

bis einschl. 2. Juni geht der

Schuh-Verkauf

des Gewerkschaftskartells Emmendingen

im Hause des

Roten Kreuzes, 74 Stefaniensstraße 74

Gute Ware!

Billigste Preise!

Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Sektion IV.

Einladung.

Mit Bezugnahme auf die Vorschriften des § 9 der Satzung werden die Mitglieder der Sektion hierdurch zu der am

Donnerstag, den 9. Juni 1921, vormittags 11 1/2 Uhr,

in Mannheim, Besprechungszimmer des Mannheimer Bezirksvereins deutscher Ingenieure, Friedrichsring 4 III stattfinden

35. ordentlichen Sektions-Versammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Verwaltungsberichtes für 1920.
2. Aufstellung des Voranschlages für 1922.

3. Wahl des Rechnungs-Prüfungsausschusses für 1921.
4. Übertragung von Aufgaben auf den Geschäftsführer auf Grund des § 703 der Reichsversicherungsordnung.
5. Sonstiges.

Als Ausweis dient der Mitgliedschein; lassen sich Mitglieder durch Angefertigte in leitender Stellung oder durch schriftliche Vollmacht auszuweisen. Die Stimmzahl der erschienenen oder vertretenen Mitglieder wird vor Eröffnung der Versammlung aus dem aufliegenden Mitgliederverzeichnis festgestellt.

Von der Drucklegung und Versendung eines Geschäftsberichtes der Sektion IV für das abgelaufene Jahr wird aus Sparmaßregeln abgesehen; diejenigen Mitglieder, welche den Verwaltungsbericht der Genossenschaft zu erhalten wünschen, werden ersucht, solches umgehend der Geschäftsführung mitzuteilen.

Mannheim, den 21. Mai 1921.
Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Sektion IV.

Der Vorsitzende des Vorstandes:
Josef Vredt.

R.255

R.252

Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 25. Mai, 6 bis 1/10 Uhr. Mk. 12.—

Schülermiletovorstellung **B 5** Maria Stuart.

Süddeutsche Baugewerks-Berufsgenossenschaft Sektion I.

Bekanntmachung.

Gemäß § 5 der Wahlordnung der Süddeutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft geben wir hiermit bekannt, daß am **Donnerstag, den 7. Juni 1921, nachmittags 3 Uhr,** in Heidelberg gelegentlich unserer diesjährigen Sektionsversammlung die **Wahl** von

1. fünf Vertretern zur Genossenschaftsversammlung und fünf Ersatzmännern
2. fünf Mitgliedern des Sektionsvorstandes und fünf Ersatzmännern

stattfinden wird. Die Wahl kann eine Stunde nach ihrem Beginn geschlossen werden. Die nach § 7 Abs. 1 der Wahlordnung vom Wahlvorstand aufzustellenden Wahlvorschläge liegen in der Geschäftsstelle der Sektion in Mannheim L. 13, 13 aus und können daselbst innerhalb der Geschäftsstunden (8—12 und 2—6 Uhr) eingesehen werden. Weitere Wahlvorschläge können unter Beobachtung der einschlägigen Bestimmungen (§ 7 der Wahlordnung) bis zum 9. Juni 1921 an den Wahlvorstand (Adresse: Wahlvorstand der Sektion I der Süddeutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft in Mannheim, L. 13, 13) eingereicht werden, welche nach ihrer Zuzahlung ebenfalls in der Geschäftsstelle zur Einsichtnahme ausgelegt werden. Die Stimmabgabe ist an die zugelassenen Wahlvorschläge gebunden. Die als Wählerlisten geltenden Betriebs- und Lohnberechnungsbücher können ebenfalls bei der Geschäftsstelle von heute bis zum 4. Juni 1921 eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich hieraus ergebenden Wahl- und Stimmberechnung sind bei Vermittlung des Abschlußes spätestens vier Wochen vor dem Wahltage unter Vorlegung von Beweismitteln bei dem Wahlvorstand durch Vermittlung der Geschäftsstelle einzulegen.

Der Wahlvorstand ist befugt, die Wahl- und Stimmberechnung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen, weshalb es sich empfiehlt, einen Ausweis hierüber zur Wahlhandlung mitzubringen. Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt. An Stelle der Aufzählung der Namen genügt der Hinweis auf die Ordnungsnummer des Wahlvorschlags. Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe und 9 : 12 Zentimeter groß sein. Wenn Stimmzettel von dieser Bestimmung abweichen, sind sie ungültig, wenn das Abweichen die Absicht einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht.

Mannheim, den 23. Mai 1921.
Der Wahlvorstand:
Georg Lapp, Vorsitzender.

Detektive & Auskunftei Schütze,

beobachten, ermitteln und erforschen alles, Auskünfte überall. R.197
Hilfstr. Karlsruhe - Rintheim, Ernststraße 39.
Eigene 40 Filialen.
Größtes Unternehmen.

Landaufenthalt

für Monat Juli gesucht von Beamten. R.254
Näheres mit Preisangabe an Max Gurich, Dortmund, Brüggemannstr. 25.

Stämme u. Stangen-Versteigerung.

Die Gemeinde Walsch, Amt Stillingen, versteigert in ihrem Burgwald folgende Holzsorten und zwar am:

Freitag, 27. Mai d. J.: 300 Tannenstämme III, IV, V, VI, R.
27 Tannenabschnitte I, II, III, R.

300 Tannenstangen I, II, III, R.
Samstag, 28. Mai d. J.: 300 Tannenstämme III, IV, V, VI, R.
36 Tannenabschnitte I, II, III, R.

200 Tannenstangen I, II, III, R.
Montag, 30. Mai d. J.: 310 Tannenstämme III, IV, V, VI, R.

26 Tannenabschnitte I, II, III, R.
270 Tannenstangen I, II, III, R.

Dienstag, 31. Mai d. J.: 4 Eichenstämme IV, V, Klasse. R.248
11 Forststämme II, III, R.

107 Tannenstämme V, VI, R.
870 Tannenstangen I, II, III, IV, V, R.
60 Reischstangen I, II, III, R.

Die Zusammenkunft ist jeweils vormittags 9 Uhr beim Rathaus in Walsch.

Walsch, 20. Mai 1921.
Der Gemeinderat:
Belzer, Bürgermeister.